

Eine Woche länger Ferien für Lehrlinge

Die Basler SP-Nationalrätin Sarah Wyss will sechs statt fünf Wochen für Lernende. Der Gewerbeverband ist skeptisch.

Elodie Kolb

Eine Woche mehr Ferien im Jahr. Das fordert SP-Nationalrätin Sarah Wyss für die Lehrlinge in der ganzen Schweiz. «Für Lernende ist der Arbeitstag mit dem Ausstempeln nicht fertig», schreibt sie in der Motion, die sie nächste Woche an der Sondersession in Bern einreichen will.

Konkret fordert sie eine Aufstockung von den aktuellen fünf auf sechs Wochen für Lernende bis 20. Obwohl ihr Vorschlag nur die jüngsten Lehrlinge betrifft, «wäre das schon einmal ein Schritt in die richtige Richtung», so Wyss. «Es sind schliesslich die ganz Jungen, die Freundinnen und Freunde haben, die am Gymnasium rund 14 Wochen Schulferien haben.» Zurzeit sind für Jugendliche und Lehrlinge bis 20 Jahren fünf Wochen im Jahr gesetzlich vorgeschrieben, für alle anderen müssen im Minimum deren vier reichen.

Lehren sollen wieder attraktiver werden

In ihrem Heimatkanton Basel-Stadt hat sich die Politikerin im vergangenen Sommer mit ihrem Anliegen bereits durchgesetzt: Der Regierungsrat beantwortete einen Anzug von Wyss aus dem Jahr 2013, worin sie für die Lernenden beim Kanton eine zusätzliche Ferienwoche gefordert hatte. Der Kanton führt deswegen diesen Sommer für die Lehrlinge zusätzlich zu ihren Ferien fünf «Flex-Tage» ein, die sie flexibel nutzen können. In diesem Zusammenhang hatte der Kanton eine Umfrage bei seinen Angestellten durchge-

führt. Dort hatte sich gezeigt, dass viele Lernende die freie Zeit zum Lernen brauchen. «Das bedeutet, die fünf Wochen sind gar nicht Freizeit, sondern werden mehrheitlich zum Lernen benötigt», so Wyss.

Mit ihrem Vorstoss wolle sie denn auch die Attraktivität von Lehren wieder steigern und gleichzeitig einen Fachkräftemangel vorbeugen. Denn gerade bei den Lehrstellenbörsen merke sie, dass es viele offene Lehrstellen gibt. «Die klassische Lehre machen nicht mehr so viele – besonders nicht in Basel», so Wyss. Im Schuljahr 2019/20 absolvierten in Basel 5700 Personen eine Lehre, im Baselbiet waren es rund 6200 Lehrlinge.

Gerade grössere Unternehmen bieten ihren Lernenden aber bereits heute sechs Wochen Ferien, darunter Migros, Coop und die Post. Für David Weber, Mediensprecher vom Gewerbeverband, ist aber klar: «Es sind wenige und insbesondere sehr grosse Unternehmen, die sich eine sechste Woche leisten können.»

Gewerbeverband kritisch gegenüber Motion

Weber erachtet den Vorstoss für die Attraktivitätssteigerung von Lehrstellen denn auch nicht als sinnvoll und bezweifelt, dass dadurch mehr Jugendliche eine Lehre beginnen. «Diesbezüglich sind andere Massnahmen wichtiger», so Weber. Zum Beispiel die Stärkung der Berufswahlinformation in den Schulen. Deshalb, schreibt der Mediensprecher, lehne der

«Die klassische Lehre machen nicht mehr viele.»



Sarah Wyss
Nationalrätin SP

Gewerbeverband diese Massnahme ab. Eine zusätzliche Ferienwoche würde zu weiteren Absenzen der Lernenden in den Betrieben führen, was wiederum zu einem Anstieg der Kosten führe.

«Dafür ist es ein denkbar schlechter Zeitpunkt. Die Unternehmen sind mit Hochdruck daran, die bestehenden Ausbildungsplätze zu erhalten. Da braucht es nicht noch eine zusätzliche Belastung», so Weber. Ausserdem seien es mit Abschlussreisen bereits jetzt mehr als nur fünf Wochen Ferien.

Der Grund dafür, dass sie bereits nach so kurzer Zeit ihr Anliegen auf nationaler Ebene einbringen möchte, ist laut Wyss die rechtliche Lage: «Das Problem ist, dass die Erhöhung der



Mehr Ferien sollen Lehren attraktiver machen.

Symbolbild: imago

rien für Lernende unter 20 Jahren nicht im OR stehen, könne man die Privatwirtschaft nicht dazu zwingen. Wyss sagt: «Der kantonale Anzug war für mich darum auch immer etwas unbefriedigend. Für mich war es die logische Folge, das Anliegen nun auch national auf den Tisch zu bringen.»

Es sei ihr bei ihrem Vorstoss auch wichtig gewesen, eine Möglichkeit für Entschädigungen mit einzubringen, sagt Wyss. Gerade um kleine und mittlere Unternehmen (KMU) zu entlasten: «Beispielsweise in Basel gibt es unterschiedliche Fonds, die man für diesen Zweck öffnen und so den Unternehmen entgegenkommen könnte.» So könne sich der Bund oder der Kanton auch mehr an der Ausbildung der Lernenden beteiligen.

Sechs Wochen Ferien für alle war nicht erwünscht

An einer Erhöhung der Ferienwochen für alle Arbeitnehmenden ist die Bevölkerung derweil nicht interessiert: Eine Initiative, die sechs Wochen Ferien für alle Arbeitenden forderte, wurde im Jahr 2012 von zwei Dritteln abgelehnt. Das letzte Mal wurde vor 18 Jahren ein ähnlicher Vorstoss wie der von Wyss im Nationalrat eingereicht. «Es wird sicherlich nicht einfach werden, für die Motion Mehrheiten im Parlament zu erhalten», glaubt Wyss. Sie hofft aber, «analog wie in Basel, trotzdem einige Stimmen aus dem bürgerlichen Lager zu bekommen». Gerade, weil eine Unterstützung der KMU angedacht sei.

Ferientage auf kantonaler Ebene nur für Kantonsangestellte verpflichtend eingeführt werden kann.» Dies, weil für die Pri-

vatwirtschaft das Schweizerische Obligationenrecht (OR) gelte. Das bedeutet, solange die geforderten sechs Wochen Fe-